

Bericht über die AGBR¹-Konferenz vom 13. bis 15. Juni 2007 im Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ in Leipzig

An der AGBR-Konferenz im Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ in Leipzig nahmen vom 13. – 15. Juni 37 Betriebs- und Personalräte aus Einrichtungen der Fraunhofer-, der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und der Leibniz-Gemeinschaft und der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften teil.

Der wissenschaftliche Geschäftsführer des UFZ, Prof. Teutsch, betonte nach der Begrüßung der Konferenzteilnehmer die Bedeutung der Umweltforschung in Deutschland. Er zeigte sich zufrieden über die Erfolge der relativ neuen Forschungseinrichtung UFZ. Die organisatorische Re-Strukturierung des UFZ in Abstimmung mit dem Betriebsrat in kleinere Departments hat seiner Einschätzung nach zu einem höheren Grad an Flexibilität geführt. Hinsichtlich der Qualitätssicherung in der Forschung sprach er sich für tenure track (Option auf unbefristete Beschäftigung) für alle und für eine klare Entfristungspraxis aus. Die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, die sich das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung erarbeitet hat, sieht er als Anreiz, in kooperativen Arbeitsformen gemeinsam gute Arbeit leisten zu können.

Die AGBR-Konferenz stellt fest, dass die Regelungen aus dem BAT zum Haftungsausschluss bei mittlerer Fahrlässigkeit noch immer nicht vereinbarungsgemäß in den TVöD übernommen wurden. Sie fordert die Zuwendungsgeber auf, unverzüglich dafür zu sorgen, die alte BAT-Regelung ohne Änderungen in den TVöD zu überführen. Entsprechende Schreiben der AGBR-Fachausschüsse werden auch von den Spitzen der Wissenschaftsorganisationen unterstützt. Bund und VKA sollen ihre Blockadehaltung bei der sog. „Restantenliste“ unverzüglich aufgeben.

Norbert Konkol, zuständig bei der Gewerkschaft ver.di für die Koordination der Tarifpolitik des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft, Forschung auf Bundesebene, berichtete über die Tarifarbeit für den Fachbereich. Andreas Keller, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der GEW, zuständig für Hochschule und Forschung, betonte den Wert der Zusammenarbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften bei der Ausarbeitung von Sachkonzepten. Es wurde eine enge Zusammenarbeit zwischen ver.di, GEW und der AGBR bei der Ausgestaltung des Tarifrechts in Wissenschaft und Forschung verabredet, insbesondere bei der Frage der neuen Entgeltordnung. In den Entwurf der neuen Entgeltordnung konnte eine Reihe von wissenschaftsrelevanten Gesichtspunkten in die Gesamtkonzeption eingebracht werden, u.a. sollen Tätigkeitsmerkmale der Forschung verstärkt im allgemeinen Teil der Entgeltordnung Berücksichtigung finden. Die im TV-L vereinbarten wissenschaftsspezifischen Regelungen sollen Eingang in den TVöD (Bund/VKA) finden, um die Schiefelage zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu beseitigen.

Die Konferenz befürchtet, dass Bund und VKA von der Möglichkeit der Kündigung des TV-Ü (insbesondere bezüglich Fortwirkung der BAT-Eingruppierungssystematik bis zum Abschluss einer neuen Entgeltordnung) ab dem 1.1.2008 Gebrauch machen könnten. Für diesen Fall werden die Betriebsräte ihre Mitbestimmungsrechte zum Thema Entlohnungsgrundsätze koordiniert nutzen, um willkürlichen Eingruppierungen in einer tariflosen Zeit Grenzen zu setzen.

Die AGBR plant einen internationalen Workshop zum Thema „Neue Perspektiven für sichere Beschäftigungsverhältnisse und Mitbestimmung im europäischen Forschungsraum“ für 2008. In diesem Zusammenhang wurde von der Konferenz ein offener Brief an die Bundeskanzlerin / EU-Ratspräsidentin Angela Merkel und den EU-Forschungskommissar J. Potocnik beschlossen.

Die AGBR fordert von der Politik:

- Die Beschäftigungsbedingungen in Wissenschaft und Forschung sind nach europäischem Standard so zu gestalten, wie es in der "Europäischen Charta für Forscher" und im "Verhaltenscodex für die Einstellung von Forschern" vom März 2005 niedergelegt ist.
- Die Beteiligungsrechte der dort Beschäftigten und ihrer Vertretungsorgane in Universitäten und Forschungseinrichtungen sind zu sichern, weiterzuentwickeln, zu konkretisieren und stärker zu koordinieren.

¹ Die **ArbeitsG**emeinschaft der **B**etriebs- und **P**ersonal**R**äte der außeruniversitären Forschungseinrichtungen – Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) und Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN) – vertritt etwa 62 000 Beschäftigte in Forschung und Entwicklung